

Mobilitäts-LAT am 02. November 2022

Beginn: 12:00

Ort: Haus Dörstelmann, Dortmund

Anwesende ASten:

Uni Bielefeld, Christian Osinga

RWTH Aachen Simon Roß, Julius Vieth und Janina Gold

Folkwang Universität der Künste, Tom Weiland

HS Düsseldorf, Tim Krause

Uni Münster, Madita und Maurice

Spoho Köln, Yurek und Thomas

BUW, Lio

Hochschule Rhein-Waal, Ludger

TH Köln, Yigithan

Uni Paderborn, Julian

Uni Bonn, Ben

Uni Due, Clara

RUB, Niklas

TU Dortmund: Florian, Felix, David, Lea

Spoho Köln: SemTick-Beauftragter Thomas Steets, AStA Yurek Fabianek

- Uni Siegen, Ann-Kathrin

Koordination:

Amanda und Ken

Gäste:

Rahel Schüssler (fzs)

1. Begrüßung & Vorstellungsrunde

Sehr viele Leute sind da.

2. 49€-Ticket

Antrag zur Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerks:

Studentische Mobilität erhalten und stärken

Bund und Länder werden aufgefordert, die studentische Mobilität stärker finanziell zu

fördern. Die Semestertickets sollen in Zukunft den Geltungsbereich des 49€-Tickets

haben, bei verpflichtender Abnahme durch die gesamte Studierendenschaft über den

gesamten Semesterzeitraum von 6 Monaten zu einem Preis von 150€/Semester.

Begründung:

Die Semestertickets werden momentan von den verfassten Studierendenschaften bzw. Studierendenwerken organisiert, in aller Regel handelt es sich um für ganze Studierendenschaften geltende Tickets, die zu einer lokalen und/oder regionalen Nutzung berechtigen und üblicherweise zwischen 25 und 40€ pro Monat kosten.

Das von Bund und Ländern geplante 49€-Ticket soll bundesweit Gültigkeit haben und auch für einzelne Monate erworben werden können. Damit wäre es für Studierende attraktiver, die das Semesterticket nur in bestimmten Monaten nutzen oder über das jeweilige Geltungsgebiet hinausfahren wollen.

Sollte das Semesterticket in seiner jetzigen Preisstruktur und Leistungsangebot erhalten bleiben, ist mit studentischen Klagen gegen die Rechtmäßigkeit des Tickets zu rechnen. Das Ergebnis hier ist offen, die Rechtmäßigkeit der Semestertickets ist aber in der Vergangenheit von Seiten des Bundesverfassungsgerichts an ein angemessenes Verhältnis zwischen den Belastungen der Mitglieder zu den ihm und der Allgemeinheit entstehenden Vorteilen gebunden worden.

Diese Rechtsunsicherheit führt perspektivisch zu einer Entsolidarisierung der Studierenden und bei Abschaffung des Tickets zu einer finanziellen Mehrbelastung derjenigen, die momentan von der Existenz der Semestertickets profitieren.

Die bisher geplante Förderung der bestehenden ÖPNV-Abos durch die Einführung des 49€-Tickets darf nicht an den bestehenden Semestertickets vorbeigehen - sonst gefährdet sie deren Existenz.

Nicht-öffentlicher Teil entfernt

3. PM fzs:

Nicht den Anschluss verpassen - Studierende fordern: Bundesweites 29€-Bildungsticket jetzt!

Das 9-Euro-Ticket war ein voller Erfolg: Über Landesgrenzen hinweg war es für eine begrenzte Zeit auch den ökonomisch prekären Gruppen der Gesellschaft, worunter insbesondere auch Studierende fallen, möglich, in Deutschland den ÖPNV zu nutzen, ohne sich finanziell stark zu belasten. So sorgte dies nicht nur für finanzielle Entlastung, auch hat es gezeigt, dass günstiger ÖPNV keine Frage der Machbarkeit, sondern schlicht eine Frage des politischen Willens ist. Wir begrüßen daher prinzipiell die Initiative der Bundesregierung und der Länder, ein Nachfolgemodell in die Wege zu leiten.

Allerdings darf die ökonomische Situation der Studierenden nicht vernachlässigt werden:

Max Wevelsiep vom AStA der Universität Oldenburg stellt hierzu fest:

“Die aktuellen Steigerungen der Miet-, Energie- und Stromkosten sowie die der allgemeinen Lebenshaltungskosten treffen Studierende mit am härtesten: So lebte bereits im Jahr 2020 ein Drittel aller Studierenden in Armut, die aktuelle Zahl wird deutlich größer sein.”

Eine große Mehrheit der Studierenden muss zudem nebenher einer Lohnarbeit nachgehen und ist, angesichts der aktuellen Situation, dazu in einem gesteigerten Ausmaß gezwungen, sodass für viele ein konzentriertes Studium kaum noch möglich ist. Trotz dieser prekären ökonomischen Lage Studierender zeichnet sich mit der einheitlichen Bepreisung des bundesweiten Ticket in Höhe von monatlich 49€ abermals die Tendenz ab, dass sie in zentralen politischen Fragen ignoriert werden.

Für uns steht fest: 49€ sind zu viel!

Angesichts der schwierigen finanziellen Lage werden sich viele Studierende mehrfach überlegen, ob sie sich für den jeweiligen Monat ein 49€-Ticket leisten können und diese Frage tendenziell verneinen. Das Ticket stellt somit für die meisten Studierenden keine finanzielle Entlastung dar. Dabei würde ein erschwingliches, bundesweit gültiges Ticket für viele Studierende eine klare Erleichterung des Alltags bedeuten.

Moritz Pleuse, Sprecher der Brandenburgischen Studierendenvertretung, ergänzt hierzu: “Ein relevanter Teil der Studierenden pendelt und nicht alle wohnen in den Universitäts- und Hochschulstädten. Wir alle müssen mitgedacht werden!”

Zudem verbringen die wenigsten von ihnen ihr gesamtes Semester in ihrem Bundesland, sondern verreisen etwa für universitäre Exkursionen, familiäre wie freundschaftliche Besuche oder aus Gründen der eigenen Weiterbildung.

Carlotta Eklöh, fzs-Vorstand, macht deutlich: „Wir fordern daher die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, ein bundesweites 29€-Bildungsticket zu schaffen. Dies muss sowohl für Studierende als auch für Schüler*innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende gelten: Studierende sind nicht die einzigen, die in prekären Situationen leben und Teil von Bildung sind“

Zudem dürfen auch andere finanziell prekäre gesellschaftliche Gruppen nicht vergessen werden, auch für sie soll es ein vergünstigtes bundesweites Ticket geben. Ebenso halten wir es für selbstverständlich, dass bis Ende des aktuellen Wintersemesters das 49€ Ticket mit den aktuellen Semestertickets verrechnet wird.

Gezeichnet,

*der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.
die Brandenburgische Studierendenvertretung (BRANDSTUVE),
die Landes-ASTen-Konferenz Schleswig-Holstein (LAK SH),
die Landes-ASTen-Konferenz Hamburg (LAK HH),
die Landes-ASTen-Konferenz Niedersachsen (LAK Nds),
die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS),
die Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS),
die Landeskonferenz der Studierendenschaften Mecklenburg-
Vorpommern (LKS M-V)*

*die Allgemeinen Studierendenausschüsse
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel,
der Technischen Hochschule Lübeck,
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
der Hochschule für Künste im Sozialen, Ottersberg,
der Universität Lüneburg,
der Universität Hamburg,
der Hafencity Universität Hamburg,
der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg,
der Hochschule für bildende Künste Hamburg
der Technischen Universität Hamburg-Harburg,
der Hochschule Emden/Leer,
der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover,
der Universität Osnabrück,
der Universität zu Lübeck
der HAWK Hildesheim Holzminden Göttingen
der HfMT Hamburg,
der Universität Potsdam
der Hochschule Hannover
der Universität Hannover
der Universität Landau
der Technischen Universität Hamburg,
der Hochschule Ravensburg-Weingarten
des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
der Europa Universität Viadrina
der Universität Bremen
der Studierendenrat der TU Dresden
der Studierendenrat der Hfm Dresden
der Studierendenrat der Uni Tübingen
der Studierendenrat der Technischen Universität Ilmenau
Vorstand des Studierendenrats der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Referat für Nachhaltige Mobilität vom StuRa der Universität Leipzig
Referat für Hochschulpolitik vom StuRa der Universität Leipzig
Beauftragte für studentische Angelegenheiten der Universität Leipzig
Das Sprecher:innenkollegium des Studierendenrates der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg*

4. Nächster Termin und Sonstiges

Arbeitstreffen am Montag, 07.11. um 11 Uhr
Weiterer Termin? Bei Bedarf?